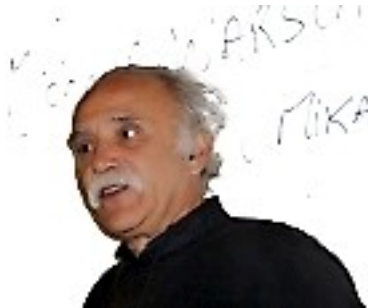


Zur Lage in Israel

Am 23. November 2011 hielt Michel Warshawski im Rahmen einer Rundreise durch die Bundesrepublik im Frankfurter Club Voltaire die folgende Rede. Wir haben die Rede aufgezeichnet und bringen sie hier im Wortlaut, ebenso die Antworten Warshawskis auf einige der aufgeworfenen Fragen in der anschließenden Diskussion.

Michel Warshawski



Zunächst ein paar Worte zu mir selbst. Man sagt gewöhnlich Michel Warshawski, dieser Friedensaktivist aus Israel. Diese Bezeichnung mag ich überhaupt nicht. Das Wort „Frieden“ ist im Nahen Osten seit über 20 Jahren überstrapaziert und missbraucht worden. Alle reden vom Frieden und selbst der Libanonkrieg ist im Namen des Friedens geführt worden. Niemand ist gegen den Frieden. Vielleicht mit Ausnahme von Ehud Barak (ich habe mit ihm noch eine persönliche Rechnung zu begleichen, dazu später noch etwas). Alle sprechen sich für den Frieden aus: Benjamin Netanyahu, George Bush. Jeder ist für

den Frieden.

Ich ziehe es vor, mich als einen israelischen, jüdischen antikolonialistischen Kämpfer für die Menschenrechte zu definieren, für *das* Recht, für die nationalen Rechte, für die Rechte aller Menschen und ganz besonders für das Prinzip der Gleichheit. Ich bin einer der Veteranen dieser Bewegung gegen die israelische Besatzung geworden. Ich bin nicht der Älteste, es gibt noch Uri Avneri. Den möchte ich jetzt besonders begrüßen. Ich bin ja aufgrund meiner Herkunft mehr auf der Linie Jerusalem-Paris zu Hause – das ist meine Sprache, da bin ich geboren – während Uri Avneri sich mehr auf der Linie Tel Aviv-Frankfurt-Hannover bewegt.

Zu den Initiativen, die ich im Laufe der 44 Jahre meiner bisherigen politischen Tätigkeit ergriffen habe, gehört die Gründung des Alternativen Informationszentrum, das nicht, wie immer wieder behauptet wird, eine israelische Einrichtung ist, sondern eine israelisch-palästinensische. Ich habe da keine administrativen Funktionen mehr, aber ich bin weiterhin dort aktiv.

Ich möchte diesen Punkt unterstreichen. Als wir 1984 das Alternative Informationszentrum gegründet haben, und zwar mit israelischen Linken und mit palästinensischen Aktivistinnen und Aktivisten, waren wir die einzige Organisation mit einem gemischten Team, mit einem gemischten Vorstand usw. Aber erstaunlicher als das ist eigentlich die Tatsache, dass auch heute, mehr als 27 Jahre später, wir die einzige Organisation dieser Art sind.

Es gibt gemeinsame Initiativen in dem Sinne, dass es Partnerschaften gibt, zum Beispiel von israelischen Frauen mit entsprechenden Gruppen auf der palästinensischen Seite, es gibt gemeinsame Demonstrationen. Aber es gibt noch keine andere Organisation, die entweder den Mut hatte oder die Möglichkeiten hatte, eine gemeinsame Organisation zu bilden. Warum? Weil wir nicht einen Kompromiss machen zwischen einem palästinensischen Programm und einem Programm der israelischen Linken.

Was wir damals vor 27 Jahren begonnen haben, machen wir weiter mit demselben Ansatz, nämlich mit gemeinsamen Werten, den gleichen Zielen, mit der gleichen Analyse der allgemeinen Lage, aber auch was unsre Vision betrifft. Und das ist uns teuer zu stehen gekommen. Das Zentrum wurde 1987 kurze Zeit geschlossen. Ich habe eine Zeit lang im Gefängnis gesessen, und derjenige, der das Verhör geführt hat, und der später der Chef des israelischen Geheimdienstes geworden ist, sagte: „Was wir bei euch absolut nicht mögen, ist, dass ihr zusammen seid“.

Ich möchte noch kurz weiter darauf eingehen, weil es auch heute noch politisch von Bedeutung ist, selbst wenn es sich 1987 abgespielt hat. Was der Mann mir damals gesagt hat, war ungefähr Folgendes: „Du hast jetzt 25 Jahre lang radikale Positionen vertreten und antizionistische Politik gemacht und sehr negative Sachen über den Staat Israel gesagt. Da haben wir euch nie behelligt. Stimmt du mir in diesem Punkt zu?“ Ich habe geantwortet: „Ja.“ „Und weißt du warum? Hier haben wir Demokratie. Wir als Shin Beth, als Nachrichtendienst haben wir die Aufgabe, die Demokratie zu verteidigen, einschließlich gegenüber solchen Leuten wie Dir. Aber da hinten“ – er hatte wohl nach Osten gezeigt, das Verhörzimmer hatte keine Fenster, ich weiß es als nicht so ganz genau – „gibt es keine Demokratie, da herrscht Besatzung. Und wir haben Probleme mit euch. Entweder seid Ihr hier oder ihr seid dort.“ Ich habe geantwortet: „Wir sind beides“. Die Antwort war: „Nein! Das niemals! Wir sind einfach gestrickt. Entweder Israeli oder Palästinenser. Wir mögen nicht die Grauzonen“. Und er schloss das Verhör mit den Worten: „Wenn du sagst, dass du die Verbindung zu euren palästinensischen Partnern abbrichst, dann wirst du in einer Stunde frei sein. Ich weiß, dass du die Wahrheit sa-

gen wirst. In einer Stunde kommst du raus.“ Meine Antwort war: „Wir respektieren die Gesetze. Wir machen nichts Illegales. Wir bauen keine Bomben, wir haben keine Gewehre, wir organisieren keinen bewaffneten Kampf. Was machen wir? Wir reden. Wir schreiben. Was stört Sie daran?“ Er antwortete: „Jetzt stell dich mal nicht dumm. Du weißt genau, da hinten, da gibt es keine demokratischen Rechte, keine Meinungsfreiheit. Und ihr müsst wählen, entweder ihr werdet von der israelischen Demokratie geschützt, oder ihr werdet als Palästinenser angesehen und so behandelt. Und dann gibt es keine Freiheit mehr.“

Die Bedrohung für die israelische Politik, ja für die israelische Kultur besteht darin, diese Mauer zu durchbrechen. Die Mauer ist keine Frage der Sicherheit und nicht einfach ein technisches Mittel. Die Mauer besteht längst, bevor es zum Bau einer Mauer kommt. Sie beruht auf einer Philosophie der Trennung, die im Zentrum der zionistischen Ideologie steht und die auch keine Erfindung des Zionismus ist.

Am Ende des 19. Jahrhunderts, als der Zionismus entstand, traten unterschiedliche Werte in den großen Reichen auf, die sich in einer Krise befanden, im Österreich-Ungarischen Reich, im Zarenreich und dem Osmanischen Reich. Es wuchs der Wille der Völker, zu Hause zu sein, unter sich zu sein, und wenn möglich, nur unter sich zu sein. Das war der Beginn des Begriffs des Nationalstaates, des ethnischen Staates. Der Zionismus vertritt dieselbe Idee und stellt die Frage: Wenn die Serben ihren eigenen nationalen Staat haben wollen, die Griechen, die Tschechen usw., warum nicht dann auch das jüdische Volk?

Der zweite Wert, auf den sich der Zionismus stützt, der ebenfalls dem Zeitgeist der damaligen Epoche entspricht, ist der Kolonialismus. Er besteht u. a. darin, die Probleme mit den kulturellen, nationalen und sonstigen Minderheiten (auch mit den Verbrechern) dadurch zu lösen, dass man sie wegschickt, in die Kolonien, in den Dschungel: raus aus Europa. Generell haben die einheimischen Bevölkerungen nicht gezählt. Die wurden so viel in Betracht gezogen wie die Kamele, die Mücken usw. Ein ökologisches Problem, zu dem man einen ökologischen Kampf führen muss, um die europäische Zivilisation zu installieren. Das war die Logik dieses Projekts. Und es ist nicht nur die Geschichte dieses Projekts, es ist auch die Gegenwart.

Man kann die israelische Politik nicht verstehen, man kann sie nicht richtig einschätzen, man kann nicht abschätzen, worauf diese Politik hinausläuft, wenn man den Schlüssel nicht in Betracht zieht, den der Kolonialismus darstellt.

Es ist nicht der Extremismus von Netanyahu und es ist nicht die Dummheit von Olmert, die diese Politik erklären. Es gibt auch Dummheit, es gibt auch Extremismus in dieser Politik. Aber hinter alle dem steht eine Logik, die zu den gleichen strategischen Entscheidungen führt und die fundamental die gleichen sind wie die von Ben Gurion, ja seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute. Aus dieser kolonialistischen Logik ergibt sich die fundamentale Unfähigkeit der politischen Klasse und der großen Mehrzahl der Kommentatoren, den arabischen Frühling zu verstehen.

Am Anfang hat man geglaubt und in den Medien verbreitet, dass es sich um ein Randphänomen handelt, um eine kurzfristige, nicht so wichtige Angelegenheit. Dann hat man verstanden, dass etwas Wichtiges passiert, aber: „Das geht uns nichts an.“

Kurz darauf hat man allerdings etwas anderes sehr schnell verstanden, etwas, das die israelische Gesellschaft sehr schockiert hat: Nach einer Woche der Besetzung des Tahiriplatzes in Kairo hat der Korrespondent eines israelischen Senders eine sehr gute Reportage gemacht, denn er war von der Begeisterung der dortigen Menschen erfasst worden, und der Mann aus der heimischen Redaktion des Rundfunksenders hat dann nach etwa zehn Minuten gefragt: „Nach all dem, was Sie da gesagt haben: Was sagen die über uns?“ Und die Antwort war: „Nicht sehr viel. Das ist nicht ihre Priorität“.

Genau das ist einfach nicht hinnehmbar. Von uns ist nicht die Rede, man spricht von Demokratie und Freiheit und wir werden dabei nicht berücksichtigt. Das wird Israel niemals hinnehmen!

Über mehr als 50 Jahre hat Israel die Tagesordnung bestimmt, sowohl der Staaten als auch der Völker in der Region. Das Besondere an der neuen Situation ist nicht, dass etwa die palästinensische Frage keine Rolle mehr spielen würde, sondern dass Millionen von Menschen sich wegen ihrer eigenen Angelegenheiten in Bewegung gesetzt haben, einen richtigen Tsunami ausgelöst haben, wie Barak es formulierte, und dass sie ihre eigene Tagesordnung nach ihren eigenen Prioritäten aufgestellt haben und dass es sich dabei nicht um Israel dreht. Die Reaktion, vor allen Dingen von Barak, hatte darin bestanden, vor allem in Richtung USA zu sagen. „Ihr könnt die arabische Welt nicht kontrollieren, Mubarak ist nicht mehr da, auch Ben Ali ist weg, mehr denn je ist nur Israel stabil und nur darauf könnt ihr euch verlassen.“

Occupy

Und dann hat in diesem Sommer am 14. Juli [2011] eine riesige Volksbewegung eingesetzt, die niemand vorausgesehen hat. Wenn euch jemand sagt: „Das war doch absehbar“, dann könnt ihr ihm



<http://www.alternativenews.org/english/>

antworten: „Lügner.“

Niemand, weder von der politischen Rechten noch von der Linken, noch die JournalistInnen, haben diese ungeheure Volksexplosion vorausgesehen. Diese Bewegung hat uns alle überrascht. Am 14. Juli ist eine junge Frau in Tel Aviv, Daphni Leef, die nicht arm ist und auch nicht aus einem Armenviertel kommt, eine Frau, die einen Arbeitsplatz hat und zur Mittelschicht in Tel Aviv gehört, festgestellt, dass sie nie eine eigene Wohnung mieten oder kaufen kann.

In Israel gab es in den fünfziger und sechziger Jahren aufgrund der Notwendigkeit, Hunderttausende von Emigranten zu integrieren, eine systematische Politik des sozialen Wohnungsbaus. Praktisch alle hatten eine eigene Wohnung. Diese waren nicht immer gut ausgestattet, es waren manchmal ärmliche Sozialwohnungen, aber alle hatten diese Wohnungen zur Verfügung. Und es war bezahlbar. Das ist die gute alte Zeit. Heute gibt es die Privatisierung des Wohnungsmarktes, des Bodens, der Häuser, des Wohnungsbaus. Alles ist jetzt eine Ware geworden und den Marktpreisen unterworfen. Diese sind hoch, denn es gibt Tausende von französischen Juden und US-amerikanischen Juden, die dort ihre Wohnungen kaufen und zwar praktisch zu jedem Preis. Für den durchschnittlichen Israeli ist es unmöglich geworden, sich solche Wohnungen zu leisten. Daphni Leef hat ihr Zelt genommen und auf dem Rothschild-Boulevard in Tel Aviv aufgeschlagen. Sie hat gesagt: „Da ich keine Wohnung habe, werde ich auf dem Boulevard kampieren.“ Nach einer Woche gab es Tausende solcher Zelte auf dem Rothschild-Boulevard in Tel Aviv, aber auch in vielen anderen Städten und dann gab es Demonstrationen von 2000, 3000, von Zehntausenden und dann am letzten Augustwochenende von 400 000 Demonstrierenden. Und das in einem Land mit 7 Millionen Einwohnern. Berechnet mal, wie viel das in diesem Land entsprechen würde! Es war eine Bewegung, die bereits nach einer Woche über die Wohnungsfrage hinausgegangen war.

Nicht nur die Wohnungen sind privatisiert worden, sondern auch das Bildungswesen und das Gesundheitswesen. Israel war eines der Länder mit der besten Gesundheitsversorgung. Es war wirklich kostenlos und qualitativ. Aber das ist der Traum der Vergangenheit. Das ist seit Langem vorbei.

Dasselbe gilt für das öffentliche Bildungswesen. Es war vielleicht nicht von einem sehr hohen Niveau, aber akzeptabel. Auch das ist seit Langem vorbei.

Wenn man eine halbwegs ordentliche Bildung haben will, muss man in eine private oder halb private Bildungseinrichtung gehen. Man muss den Unterricht bezahlen, man muss Professoren bezahlen, die etwas mehr als den üblichen Mindestunterricht anbieten.

In den großen Demonstrationen im Juli und August hörte man Zehntausende Menschen Losungen rufen, die mich veranlassten, meiner Tochter, die eine der OrganisatorInnen war, zu sagen: „Kneif mich! Bin ich wirklich in Jerusalem oder bin ich in Porto Allegre?“ Die Losungen waren: „Wohnungen sind keine Ware, Bildung ist keine Ware, Gesundheit ist keine Ware, sondern es sind Rechte.“ Das sind die großen Losungen der Sozialforumsbewegung, der großen Demonstrationen der internationalen sozialen Bewegung.

Und dann gab's ein weiteres Wort, das zum ersten Mal in Israels Straßen Aviv gerufen wurde, und zwar von Zehntausenden, selbst wenn es für die meisten von ihnen eine nur sehr vage Vorstellung war: „Revolution!“ Leute, die niemals etwas von Marx, Gramsci oder Derartiges gelesen haben, die noch nie etwas von Arbeiterbewegung gehört haben, riefen massenhaft: „Revolution!“

Die letzte Losung war: „Wir wollen eine Rückkehr zum Sozialstaat!“ Das war, so würde ich sagen, eine Romantisierung der Vergangenheit, der fünfziger, sechziger, siebziger Jahre. Das war die Zeit vor der neoliberalen Konterreform. Die meisten dieser Demonstrierenden waren zu jener Zeit noch nicht geboren, aber es ist etwas, das sie im kollektiven Gedächtnis haben. Für sie ist es die Epoche der sozialen Verantwortung.

Und was hat gefehlt? Die palästinensische Frage! Daphni Leef und die anderen SprecherInnen der Bewegung haben bei allen Demonstrationen, bei denen sie das Wort ergriffen haben, immer Wert auf die Feststellung gelegt: „Wir sind eine soziale Bewegung und keine politische!“ Wenn man in Israel „Politik“ sagt, dann meint man den israelisch-arabischen Konflikt. Daphni Leef sagte: „Wir sind das ganze Volk, Linke und Rechte, Religiöse und in Nichtreligiöse, Aschkenasi und Sepharden“, also mittel- und osteuropäische Juden und Juden außereuropäischer Herkunft. Aber sie hat noch hinzugefügt: „Juden und Araber“ und das ist in Israel wirklich nicht unbedeutend.

Und es gab dabei den Beginn einer Neu-Definition des Wortes „Volk“. Darüber habe ich in den letzten Monaten verstärkt nachgedacht und arbeite dazu. Wenn man in Israel „das Volk“ gesagt hat, dann hat man - in einem Wort zusammengefasst - „das Volk Israel“ zum Ausdruck gebracht, also im biblischen Sinne des Wortes, das jüdische Volk, wie es in der Bibel steht.

Was jetzt mit dem *Beginn* der „Neu-Definition“ einhergeht (ich möchte da sehr vorsichtig sein), ist ein anderes Verständnis des Wortes Volk, das ist das Volk der Israelis, also Religiöse und Nichtreligiöse, Aschkenasi und Sepharden, Leute aus den Städten und vom Land, Juden und Araber.

Inzwischen ist die Bewegung nicht mehr auf der Straße. Die Bewegungen, egal ob in Ägypten, in Berlin, in Ramallah, in Gaza oder in Jerusalem oder sonst wo, kennen Aufs und Abs, Perioden des Niedergangs und vielleicht auch des Wiederaufschwungs. Eine der besten Arten, einer Bewegung

ein Ende zu bereiten, ist, eine Kommission zu bilden. Die Regierung hatte zunächst gesagt: „Diese Bewegung interessiert uns nicht.“ Und dann hat sie die große Dummheit begangen, zu sagen: „Geht Sushi essen und raucht die Wasserpfeife.“ Sie hatten bis dahin nichts begriffen. Es war nicht die Bewegung der gut Situierten, es kamen Menschen aus allen Bevölkerungsschichten und auch viel Arme, etwa aus den Vororten. Es war keine Hippiebewegung.

Der erste Preis für Dummheit kommt natürlich Ehud Barak zu, der – in seinem Penthouse im teuersten Hochhaus der Stadt sitzend – gesagt hat: „Wie soll die Bildung frei sein? Wie soll ein solcher Staatshaushalt bezahlt werden? Wir sind hier nicht die Schweiz.“ Wie ist überhaupt dieser Kibbuznik zum Millionär geworden? Alle in Israel würden das gerne wissen. Das war dermaßen arrogant und dermaßen deplatziert, dass Netanyahu ihm gesagt hat: „Gehe in dein Hochhaus zurück und halte die Klappe!“

Wir haben also eine Kommission bekommen und die Bewegung hat eine eigene, alternative Kommission eingerichtet. Das war keine radikale Kommission und erst recht nicht aus linksradikalen oder Kommunisten zusammengesetzt ist, sondern aus sogenannten „anständigen Leuten“, die für ihr Fachwissen bekannt sind. Der Vorsitzende dieser Kommission ist der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Zentralbank von Israel. Ein sehr ehrlicher Mann. Und dort sind Soziologen, Politologen und auch Aktivisten.

Diese Kommission hat zwei strategische Empfehlungen abgegeben. Erstens hat man die Feststellung getroffen, der Reichtum in Israel ist auf zehn Familien konzentriert; derart konzentriert, wie es nicht einmal in den USA oder Kanada der Fall ist, und auch die offizielle Kommission musste die Feststellung treffen, dass dieser Reichtum dezentralisiert werden muss. Die sind nicht dumm. Schon zu Anfang der Bewegung hat man in Kreisen des Establishments gesagt: „Wir müssen Ballast abwerfen. Wir sind reich, wir haben Geld, wir können Geld zur Verfügung stellen.“ Aber die Regierung wollte darauf nicht hören. Einige der Reichen haben gesagt, wie manche europäische Millionäre das auch sagen: „Besteuert uns.“

Aber es ging nicht einfach nur um Besteuerung, sondern es ging um die Beendigung dieses Inzestverhältnisses zwischen Benjamin Netanyahu und dem Großkapital. Es geht nicht einfach nur darum, dass Netanyahu und Barak die Politik des Kapitals machen. Das ist schließlich überall so, aber hier geht es um die Arroganz. Netanyahu liebt es, mit den Reichen fotografiert zu werden, sich auf Festen im noblen Vorort zu zeigen, ein bisschen so wie Sarkozy oder wie Berlusconi. Dies ist eine andere Art als etwa Jacques Chirac, der gerne hervorhob, dass er mit einfachen Leuten sprach und der bei einem Besuch auf dem Land den Kühen auf den Hintern tätschelte und sich in Populismus betätigte. Netanyahu und Barak haben den Berlusconi-Stil und brüsten sich mit ihren Beziehungen zu den Reichen. Darin drückt sich ihre Verachtung für das einfache Volk aus.

Die Ähnlichkeit mit Berlusconi betrifft auch die Korruption, auch wenn man es ihnen bisher noch nicht beweisen konnte. Die ganze politische Klasse steckt in der Korruption. Netanyahu und Barak sind nur deswegen noch im Amt, weil alle anderen aufgrund der Aufdeckung von Korruptionsskandalen inzwischen weg sind. Es hat so etwas wie eine Auslese gegeben. Und früher oder später, davon bin ich fest überzeugt, werden auch Netanyahu und Barak erwischt werden und ins Gefängnis gehen und wir werden die Palästinenser bitten müssen, uns politisches Personal, einen Premierminister, zu leihen.

Ich habe von der Bewegung der Empörten gesprochen, und gesagt, es gibt zwei Elemente, die herausgestellt werden müssen. Das zweite Element ist natürlich die Verbindung zwischen den sozialen und politischen Elementen und auf dieses Element sind wir in unserer Intervention eingegangen. Es gab in diesen Monaten Diskussionen im ganzen Land. Der Held unserer Intervention war Moshe Dajan¹, der 1969 ausführte (was viele nicht wissen, weil die meisten damals noch nicht geboren waren): „Man kann nicht zwei Fahnen gleichzeitig hochhalten. Man kann nicht die Fahne der sozialen Reformen und die der Sicherheit schwenken. Es geht nur das eine oder das andere.“ Und wir sagen zur neuen politischen Aktivisten-Generation: „Es gilt, politische und strategische Entscheidungen zu treffen.“

Wenn man die Rechte der Menschen, der Männer, der Frauen, der Kinder verteidigen will, wenn man die Frage der Bildung, des Gesundheitswesens und des Wohnungsbaus angehen und dafür Geld haben will, dann muss man das Geld da holen, wo es ist, nämlich im Militärhaushalt und im Budget für die Kolonisierungspolitik.

Die Regierung hat das gut verstanden, denn sie hat versucht, die Frage der Spannung im Zusammenhang mit der Sicherheit hochzuspielen. Während der Bewegung selbst ist sie damit gescheitert. Ich weiß nicht, ob Ihr Euch daran erinnert, damals, im Sommer, gab es einen Angriff auf der Sinai-Halbinsel, auf zwei Autos mit zwei Toten. Keine palästinensische Organisation hat das jemals für sich beansprucht, und ich frage mich bis heute, wer eigentlich dahinter steckt. Das kam in einem zu schönen Augenblick.

1 [hoch dekoriertes General und langjähriger Minister in verschiedenen Kabinetten. Anm. der Red.]

Wie dem auch sei - ob es eine echte oder eine manipulierte Aktion war - die Regierung hat gesagt: „Jetzt ist Schluss und das Fest ist vorbei. Wir müssen wieder den Ernst der Lage begreifen. Wir sind im Krieg und ihr müsst die Demonstration - die für zwei Tage später angesetzt war - absagen.“

In der Vergangenheit ist dieses Kalkül oft aufgegangen, aber was uns überrascht hat, war, dass die Bewegung - die keine linke und keine antikoloniale Bewegung (also gegen die Besatzungspolitik) ist - gesagt hat: „Nein!“ Sie führte aus: „Wir sind gegen die Attentate und wir sind traurig über die Toten, wir werden eine Schweigedemonstration machen.“ Das war dann auch der Fall. Und glaubt mir, das war die beeindruckendste all dieser Demonstrationen. Wenn 100 000 Menschen in Tel Aviv schweigend auf der Straße sind, dann ist das packender als mit 100 000 oder 200 000 Leuten, die Parolen rufen.

Die Regierung hat verstanden, dass der Vorfall zu gering war, um die Bewegung zu beenden, dass man etwas anderes haben muss, um die Bewegung endgültig zu brechen. Man hat also eine zynische Mathematik angewendet. Zwei Tote waren nicht genug, um eine Demonstration von 300 000 klein zu kriegen. Vielleicht wäre es bei einer Bewegung mit 50 000 Menschen gelungen. Was man braucht, um eine Bewegung von einer solchen Dimension wegzukriegen, ist letztlich ein Krieg.

Zur Kriegsgefahr

Ich will noch auf den Krieg eingehen der vorbereitet wird. Immer wenn ich in der Vergangenheit in Europa war, wurde ich auf einen möglichen Krieg gegen den Iran angesprochen, sei es eines israelischen oder eines israelisch-amerikanischen Kriegs. Dann habe ich immer zu meinem Portemonnaie gegriffen und einen 20-Euroschein herausgeholt und gesagt: „Ich wette, dass es einen solchen Krieg nicht geben wird. Solch einen Krieg gegen den Iran wird es nicht geben, weil die Israelis nicht bekloppt sind. Iran hat kolossale Möglichkeiten zu einem Gegenschlag. Selbst wenn es Israel gelingt, 85 % des Kriegspotenzials des Iran zu zerstören, dann reichen die ver-



Die Mauer

Quelle: AIC

bleibenden 15 % aus, um Israel stark zu schädigen. Zwei versenkte Schiffe in der Meerenge von Hormus würden ausreichen, Europa sechs Monate lang ohne Erdöl dastehen zu lassen. Was der Iran mit den kleinen Emiraten auf der arabischen Halbinsel anstellen kann, kann katastrophal sein, denn die können sie vom Erdboden wegfegen. Der Iran könnte schwere terroristische Gemetzel in mehreren Gegenden, etwa in Frankfurt, New York, London usw., veranlassen und dort das Leben unerträglich machen. Und deswegen war ich bereit, diese 20 € zu wetten und ging davon, dass man immer wieder sagen wird: „Wir werden den Iran angreifen“, aber dass sie es nicht machen werden.

Heute bin ich mir dessen nicht mehr sicher und zwar deswegen, weil wir einen Geisteskranken und schlimmen Verrückten an der Spitze unseres Staates haben. Ich spreche natürlich von Ehud Barak. Der Generalstab ist gegen den Krieg gegen den Iran. Und die verschiedenen Geheimdienste Israels sind gegen diesen Krieg. Die Amerikaner sind gegen diesen Krieg. Der französische Ministerpräsident hat ein einschlägiges Telefonat geführt, um zu sagen: „Macht keinen Unsinn! Sanktionen ja, wirtschaftlicher Druck, ja. Wir werden diesen Druck erhöhen, aber kein Krieg!“

Aber Barak und Netanyahu äußern sich sehr eindeutig: „Ein Krieg ist unvermeidlich!“ Es geht so weit, dass Meir Dagan, von 2002 bis 2010 Chef des Auslandsgeheimdienstes Mossad, gebeten hat, von der israelischen Presse interviewt zu werden. So etwas kommt äußerst selten vor (normalerweise sprechen sie im kleinen geschlossenen Kreis). Er führte aus: „Das ist verrückt!“ Später erläuterte er im Fernsehen: „Warum habe ich das gemacht? Ich möchte eine öffentliche Meinung gegen diesen Krieg bilden.“

Ich lege also nicht mehr 20 € auf den Tisch, wenn es um die Frage eines eventuellen Krieges geht. Ich habe mit meinen Kindern gesprochen. Ich habe ihnen gesagt. „Ihr habt Glück. Aufgrund meiner Herkunft habt ihr neben eurem israelischen Pass auch einen europäischen Pass. Dank eurer Ausbildung habt ihr die Möglichkeit, relativ leicht anderswo an einer europäischen Universität eine Anstellung zu finden. Nehmt eure Kinder und geht weg.“

Das ist hart, weil ich gerne meine Enkelkinder aufwachsen sehen würde, aber ich sehe eine große Gefahr, nicht nur für den Iran, sondern auch für Israel. Das ist keine abstrakte Gefahr mehr, sondern eine heranrückende reale Gefahr.

Ich danke euch.

Ausschnitte aus der Diskussion

Ich habe die Gewohnheit, vor allem dann, wenn ich schreibe, nicht nur einfach von der Besetzung zu sprechen, sondern von der kolonialen Besetzung, weil es ja auch um das Regime in Israel geht. Es ist nicht einfach eine Besetzung, wie die von Frankreich zwischen 1940 und 1944, sondern eine Besetzung, die auf eine fortschreitende Integration in das israelische Staatsgebiet abzielt, auf eine weitergehende Kolonisierung des palästinensischen Raums. Das ist eine zweite und dritte Phase der Kolonisierung. Das wird mit einer extrem schlaun kalkulierten und geplanten Politik umgesetzt. Das macht aus den Palästinensergebieten kleine Einheiten innerhalb Palästinas.

Judenstaat und demokratischer Staat, das ist die Definition des Staates Israel. Aber das ist ein Widerspruch in sich. Neu ist, dass zum ersten Mal ein Teil der Regierung und ein bedeutender Teil der Knesset-Abgeordneten die Illusion zerstören wollen, dass es einen als jüdisch definierten Staat geben kann, der gleichzeitig demokratisch ist. „Warum fügen wir überhaupt „und demokratisch“ hinzu. Der Begriff „jüdisch“ reicht.“ Es ist vielleicht gar nicht schlecht, wenn sie diesen Begriff streichen wollen, weil dies die Sache klarer macht, und die Dinge so benennt, wie sie sind.

Was den Einfluss der orthodoxen religiösen Kräfte betrifft, so gibt es eine Tendenz, ihre Rolle überzubewerten. Barak, Netanyahu, Ariel Scharon waren und sind keine religiösen Leute. Sie sind Ungläubige. Sie haben sich auch nicht als Gläubige ausgegeben. Golda Meir [die spätere Ministerpräsidentin] war stolz darauf zu sagen, dass sie am Yom Kippur-Tag, einem religiösen Feiertag, ein Bankett auf einem zentralen Platz durchführte (das war noch vor der Staatsgründung), um zu sagen: „Wir haben mit der Religion Schluss gemacht.“ Ariel Scharon hat 1973 Journalisten zu einem Essen empfangen, bei dem es reines Schweinefleisch gab. Die religiösen Parteien befinden sich heute auf der Rechten, aber leider machen sie nur einen sehr kleinen Teil der Rechten aus. Die Rechte ist vor allem eine koloniale Rechte und erst in zweiter Linie eine religiöse Rechte. Ich kann es hier nicht im Detail ausführen, aber wir haben seit den 1980er Jahren eine Religionisierung des Diskurses und eine Nationalisierung des Religiösen. Das neue soziale Bündnis, das wir zurzeit in Israel zwischen der religiösen Minderheit und der harten kolonialen Minderheit haben, bildet zusammen eine Mehrheit.

Ehud Barak verdankt seine Macht nur der Tatsache, dass die Regierung Netanyahu ihn braucht. Er kommt aus der Arbeitspartei, aber er stellt heute innerhalb der Regierung die extreme Rechte dar. Er gibt – aufgrund seiner Herkunft – der Regierung so etwas wie einen linken Flankenschutz.

Die gute Nachricht: Barak hat in seinem Leben bisher alles kaputtgemacht, was er oder was andere aufgebaut haben und er ist drauf und dran, ein Loch in das Schiff zu schlagen, auf dem er sich befindet. Er hat die Arbeitspartei kaputtgemacht und ist dann aus ihr ausgetreten. In den israelischen Medien wird er nicht „Barak“ genannt, sondern „Barach“, d. h. so viel wie „Jemand, der wegläuft.“ Man hat nie vergessen, dass zweimal, als es in der Armee eine Tragödie gab, Barak weggelaufen ist. Vor anderthalb Monaten hat das israelische Radio ein langes Interview mit mir gemacht, und zum Schluss hat man mich gefragt: „Wäre es nicht an der Zeit, dass Du nach so viel Jahren des Protestes endlich mal richtige Politik machst, d. h., dass Du zu Wahlen antrittst?“ Ja, zum ersten Mal denke ich an diese Möglichkeit. Aber aus einem einzigen Grund: Ich weiß, dass ich mehr Stimmen bekommen würde als Barak. Nach den letzten Umfragen (das kann sich natürlich wieder ändern), bekommt Barak nicht genügend Stimmen, um ins Parlament einzuziehen. Und ich glaube, noch vor der nächsten Wahl (es steht noch nicht fest, wann sie sein wird) wird es Barak schaffen, seine eigene Partei zu sabotieren.

Die israelisch-jüdische Gesellschaft hat in der Tat verschiedene Herkünfte. Man macht nicht einfach so aus jemenitischen Juden, russischen Juden (wovon viele in Wirklichkeit keine Juden sind, die sich aber als solche ausgeben), europäischen Juden, afrikanischen Juden usw. einfach einen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es braucht Zeit, daraus eine Nation zu machen. Es stimmt, dass ein Kriegszustand so etwas wie Leim darstellt, aber ich glaube doch, dass die Wirkungskraft eher schwach ist. Sobald es wieder eine gewisse Normalisierung gibt, wie es in den achtziger Jahren der Fall war, dann gibt es eine soziale Explosion. Ich sage nicht – es wäre ein Fehler, das zu behaupten – dass Israel Kriege führt, um den sozialen Zusammenhalt zu bewahren. Der Krieg ist ein kolonialer Krieg in einem kolonialen Umfeld, aber solch ein Krieg würde dazu beitragen, den inneren Zusammenhalt zu bewahren.

Was die Zukunft der Bewegung angeht: Die Bewegung ist zurückgegangen, die Leute sind nach Hause gegangen, aber ich glaube, dass sich zwei Dinge grundlegend geändert haben und heute Teil der gesellschaftlichen Realität Israels sind. Das Erste ist ein Gefühl der Stärke. „Wir sind das Volk.“ Das hörte man schon auf den Plätzen in Madrid oder in Ägypten auf dem Tahrir-Platz. Jetzt wird auch bei uns das „Wir“ definiert, „wir“ und eben nicht die politische Führung, die Korruptierten, Tycoons, Magnaten und so weiter.

Das Zweite ist eine Distanzierung gegenüber dem Staat, und das ist auch wirklich neu. „Der Staat sind wir“ und „Wir sind der Staat“, das ist vorbei. Es zeichnet sich ab ein „Die“ und ein „Wir“. Das war in der Vergangenheit nicht so. „Wir“ wird jetzt weniger verstanden als nationale Einheit, also als

Israel. Dieses „Ihr“ und „Wir“, als ein Gegeneinander von „Volk“ und denen da oben, ist was vollkommen Neues, weil es in der Vergangenheit immer darum ging, sich als nationale Einheit zu begreifen. Hier gibt es jetzt eine erste Bresche. „Wir“ sind nicht Israel, nein wir sind das Volk! Und ihr gehört nicht in jedem Fall dazu!

Zu Matzpen [„Kompass“], weil die Frage gestellt wurde. Es war eine Organisation von jüdischen Israelis und palästinensischen Israelis, aber keine jüdisch-palästinensische Organisation. Diese hat die Zusammenarbeit gesucht nicht speziell mit Palästinensern, sondern mit arabischen Kräften, auch außerhalb von Palästina. Also mit Aktivisten und Organisationen in Syrien, in Libanon, im Irak, in Ägypten, im Maghreb usw. In diesem Zusammenhang natürlich auch mit Palästinensern.

BDS

Und als Letztes will ich zu einer Sache was sagen, ohne die es für euch und für mich Zeitverschwendung wäre. Es lässt sich in sich in drei Buchstaben zusammenfassen: BDS. Boycotts-Divestment-Sanctions.

Wenn man sich nicht nur intellektuell bereichern will - natürlich ist es wichtig, sich intellektuell zu bereichern - dann muss man auf die Realität einwirken. Und zwar hier in Europa, auch hier in Deutschland. Das schönste Geschenk, das wir bekommen haben, ging von der gesamten palästinensischen Gesellschaft aus, vom gesamten Spektrum der politischen Organisationen, sozialen Bewegungen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Nicht-Regierungs-Organisationen. Es war der Appell von 2005 aus Ramallah, der sich an uns und an euch in der ganzen Welt wendet. Wenn ihr uns helfen wollt, dann organisiert auf internationaler Ebene eine Kampagne um eine strategische Achse, die da lautet BDS.



Was an BDS neu ist, sind zwei Dinge: Das eine ist, dass alle, die für Palästina sind, ob sie Solidarität in großem oder in kleinerem Umfang organisieren können, von verschiedensten politischen Organisationen und Ideologien her, ob man einen gemäßigten oder eher radikalen Standpunkt vertritt, dass also alle sich dafür zusammentun können. Es ist also eine vereinigende Strategie.

Die zweite Besonderheit ist, dass es sich um eine offensive Strategie handelt. Was die internationale Solidaritätsbewegung und die politischen Organisatio-

nen und Aktivisten gemacht haben, war hauptsächlich politische Bildung, Informationsverbreitung, politisches Anprangern usw. Diese Informationsverbreitung und Sensibilisierung lief auf die Schlussfolgerung raus: „Israels Politik ist illegal. Das ist nicht akzeptabel usw.“

Was jetzt gesagt wird, ist etwas anderes, denn mit dieser Kampagne will man Israel bezahlen lassen. Es gibt zwei Bedingungen für den Erfolg dieser Bewegung. Die erste Bedingung lautet: Man muss verstehen, dass es sich nicht um einen Sprint, sondern um einen Marathon handelt, d. h., man nimmt anders Atem, wenn man einen Langstreckenlauf aufnimmt, als bei einem Sprint. Es ist keine Operation! Die Gazaflottille ist eine Operation. Ein Palästina-Tag hier in Frankfurt ist eine Operation, ein Ereignis. Man braucht natürlich solche Operationen oder Ereignisse. Bei BDS aber handelt es sich um eine langfristig angelegte Kampagne. Und da muss man sich entsprechend langfristig organisieren. Und man muss sich informieren und austauschen.

Es war sehr gut, dass es vor ein paar Wochen in Kapstadt eine Zusammenkunft und einen Austausch gegeben hat zwischen israelischen und palästinensischen Aktiven. Man muss die Erfahrungen der südafrikanischen Aktivisten mit der Kampagne gegen die Apartheid aufnehmen, um zu sehen, was wir daraus lernen können.

Die zweite Bedingung lautet: Man muss verstehen, dass BDS keine Religion darstellt. D. h., es geht nicht um einen Kanon, was man tun muss und was man nicht tun darf, sondern alles, was im Rahmen dieser BDS-Kampagne geschieht, ist gut. Manche wollen sich mit einer Kampagne gegen Produkte, die aus den an Siedlungen kommen, begnügen. Ich meine, das ist nicht genug. Aber ich sage: Ihr habt unseren Segen, legt los! Manche haben Angst vor einem kulturellen und universitären Boykott. Andere, wie ich, denken: Das ist heutzutage vielleicht das Wirkungsvollste.

Die Bedingungen sind unterschiedlich. Deswegen kann die Kampagne nicht in jedem Land auf die gleiche Weise geführt werden. Warenboykott mag in Norwegen, wo man es tatsächlich seit Jahren betrieben hat, etwas sein, was gut funktioniert. In Deutschland - so habe ich sehr oft zu hören bekommen - gibt es vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Boykott jüdischer Geschäfte in der Nazizeit Probleme mit einem Warenboykott. Der Bewusstseinsstand ist ziemlich unterschiedlich. Man muss sich entsprechend der örtlichen Bedingungen organisieren und etwas auf die Beine stel-

len. Das Wichtigste ist die Wirksamkeit.

Zwei Bemerkungen noch: Wenn es „S“ gäbe, dann bräuchte man „B“ und „D“ nicht mehr, dann gäbe es internationale Sanktionen. Priorität sollte auf „S“ liegen. Wenn es vonseiten der UNO, der UNESCO usw. Sanktionen gegen den Staat Israel gibt, dann wird damit sehr viel Druck erzeugt. Wenn aber die Regierungen und internationalen Institutionen da nicht dran gehen, dann müssen die Bürgerinnen und Bürger, wir und ihr, „B“ und „D“ machen.

Die zweite Sache ist, dass man das Justizwesen bemühen muss, um die vermuteten israelischen Kriegsverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen, und um ihnen zu verstehen zu geben: „Wohin auch immer ihr kommt, ihr bleibt nicht straflos!“ Natürlich hängt das mit dem Justizsystem in den einzelnen Ländern zusammen. Zum Beispiel gibt es in England internationale Jurisdiktion. In Frankreich oder Deutschland gibt es dergleichen nicht. In Belgien gab es sie, aber sie ist wegen des Falls Sharon annulliert worden. Für mich ist es eine große Freude zu wissen, dass es in Israel im Auswärtigen Amt eine besondere Abteilung gibt, wo die PolitikerInnen und Militärs hingehen müssen, bevor sie ins Ausland reisen. Egal, zu welchem Zweck sie ins Ausland gehen, zum Studium, in den Urlaub oder wozu auch immer: Sie müssen bei dieser Abteilung antreten und sich informieren lassen, wie hoch das Risiko ist, dass man Gefahr läuft, festgenommen zu werden. Für uns ist das eine ganz wichtige Sache, ein Erfolg unserer Kampagne. [...]

Ich teile die Meinungen, die in den letzten Redebeiträgen zum Ausdruck kamen. Ich möchte aber noch auf zwei Punkte kurz eingehen. Was die Frage einer verfassungsgebenden Versammlung betrifft, oder eines binationalen Staats oder andere Vorschläge zur Lösung des Konflikts: Ich glaube nicht, dass es eure Aufgabe hier in Europa und unsere Aufgaben als israelische Aktivistinnen ist, zu viel Zeit damit zu verbringen, Lösungen auszudenken. Es ist die Sache der palästinensischen Bewegung, der palästinensischen Nationalbewegung und des Volkes, seinen Kampf zu definieren, für welche Ziele es eintritt, und zwar abhängig von den Kräfteverhältnissen. Wir haben nur eine Aufgabe, nämlich sie in ihrem Kampf zu unterstützen. Wenn die Palästinenser mich nach meiner Meinung fragen, dann kann ich vielleicht meine Meinung dazu äußern. Aber ich glaube nicht, dass wir in der Phase der Lösungen sind, ich glaube, wir sind noch weit weg von Lösungen. Es ist ein bisschen Zeitverschwendung, wenn man doch weiß, dass die Lösung weder für heute noch für morgen und nicht mal für übermorgen ansteht.

Wichtig dagegen ist, dass wir zusammen mit den Palästinensern darüber nachdenken, was die richtige Strategie ist, um Israel zu schwächen, um die internationale Solidarität zu stärken, die Einheit der PalästinenserInnen voranzubringen, den Kampf der PalästinenserInnen zu unterstützen und die Kolonisierung zu stoppen. Das sind die drängenden strategischen Fragen.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs in ganz Europa, ganz besonders hier in Deutschland, um die palästinensische Sache zu schädigen und in Verruf zu bringen. Ich möchte dazu sagen, was ich vor vier, fünf Jahren, als ich mit der palästinensischen Botschafterin eine Rundreise durch Frankreich gemacht habe. Da hat ein junger Franzose arabischer Herkunft mir gesagt: „Ich sage zur Palästinafrage nichts mehr. Jedes Mal, wenn ich darauf angesprochen wurde und ich was gesagt habe, dann hat man mich als Antisemiten hingestellt.“ Ich habe gesagt: „Du hast nicht recht! Wenn du etwas zu sagen hast, zu Israel, zum Staat Israel, zur israelischen Politik und zu Palästina, dann sag es. Zwei Dinge solltest du vorher tun. Das erste ist, sich selber die Frage zu stellen: «Bin ich rassistisch oder antisemitisch eingestellt?». Rassismus schleicht sich leicht unbemerkt ein. Es kann nichts schaden, sich alle zwei Monate mal diese Frage – zum Beispiel beim Zähneputzen – zu stellen und man sollte sich damit auseinandersetzen. Das zweite ist, wenn du dir die Frage gestellt hast, und zum Ergebnis gekommen bist, nein, ich bin nicht rassistisch, ich bin einfach gegen Krieg und Kolonialismus, ich bin antirassistisch, dann sag demjenigen, der dich entsprechend beschuldigt: «Du kotzt mich an!».“

Quelle: Inprekorr 1/12 - <http://www.inprekorr.de/>